

Deutscher Gewerkschaftsbund

REDE

Annelie Buntенbach

DGB-Vorstandsmitglied

1. Mai 2015

Braunschweig

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Auch ich möchte Euch herzlich begrüßen – ich freue mich sehr, dass Ihr so zahlreich gekommen seid. Damit setzt Ihr ein klares Zeichen, dass wir keine Rolle rückwärts hinnehmen werden beim Mindestlohn, keine Rolle rückwärts bei der Rente – sondern dass wir dafür kämpfen, dass die Aufholjagd für gute Arbeit, für mehr Demokratie und Solidarität weitergehen muss!

Da sind starke und selbstbewusste Gewerkschaften wichtiger denn je, deshalb freue ich mich, dass heute mit uns gemeinsam zigtausende in der Republik auf der Straße stehen, schön dass Ihr da seid!

Anrede,

wir haben noch viel vor, aber auch eine Menge erreicht.

Mehr als zehn Jahre hat die Politik mit aller Macht auf den Ausbau des Niedriglohnbereichs gesetzt, auf Armut trotz Arbeit – jetzt haben wir mit dem Mindestlohn dem Druck nach unten einen Riegel vorgeschoben. Ein erster Meilenstein bei unserer Aufholjagd für gute Arbeit ist gesetzt.

Der Mindestlohn steht im Gesetzblatt, dafür haben wir lange gestritten, das ist ein großer Erfolg, darauf können wir stolz sein!

3,7 Millionen Beschäftigte haben deshalb ab dem 1. Januar 2015 mehr Geld in der Tasche, die meisten davon Frauen - Verkäuferinnen, Friseurinnen, Kellnerinnen und viele andere, die hart arbeiten und dafür auch anständig bezahlt werden müssen!

Die Arbeitgeber laufen dagegen Sturm – erst haben sie prophezeit, der Mindestlohn würde zahllose Arbeitsplätze vernichten. Offensichtlich falsch. Dann sollte die Wirtschaft einbrechen. Ebenfalls offensichtlich falsch. Jetzt bedroht uns angeblich das Bürokratiemonster. Ich habe Euch mal eins mitgebracht, genauer gesagt zwei – hier, Nr. 1, ein Zettel und hier, Nr. 2, ein Stift, wie furchterregend!

Angeblich sind es nämlich die Dokumentationspflichten, die die Arbeitgeber erdrücken, dass die Arbeitszeiten erfasst werden müssen. Nur: das ist überhaupt nichts neues, Arbeitszeiterfassung ist immer schon zentrale Grundlage für jede Lohnabrechnung. Offensichtlich haben viele das geltende Recht bis jetzt schlicht ignoriert.

Aber statt sich jetzt zu schämen und sich in Zukunft an die Regeln zu halten, machen die Arbeitgeber ausgerechnet das zum Kernpunkt ihrer Kampagne. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist doch an Unverfrorenheit kaum zu überbieten!

Gerade in den Branchen, wo es traditionell Probleme gibt, am Bau, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Reinigung, Fleischbranche, Logistik – da ist die Verpflichtung zu sauberer Dokumentation besonders wichtig.

Und – das zeigen die Erfahrungen aus unserer Mindestlohnhotline – bei den Minijobs. Da wird getrickst, was das Zeug hält. Gerade in diesen Beschäftigungsverhältnissen sind die Menschen unfasslich erpressbar. Mehr als die Hälfte werden auch noch um ihre Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und ihr Urlaubsgeld betrogen.

Hier brauchen wir endlich eine Reform, die diese Kleinstarbeitsverhältnisse in vernünftig abgesicherte Beschäftigung umwandelt!

Aber zurück zum Mindestlohn: neben der sauberen Dokumentation sind auch effektive Kontrollen entscheidend, damit der Mindestlohn in der Arbeitswirklichkeit ankommt. Dafür muss Schäuble endlich das Geld rausrücken, für das nötige Personal bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit!

Viel einfacher wären die Kontrollen ja ohne die Ausnahmen vom Mindestlohn, sie sind eh falsch. Und helfen würde ein Verbandsklagerecht. Dann muss nicht die Betroffene mit ihrem befristeten Job selbst Klage erheben - mit dem Risiko, sie bekommt dann Recht und ist ihren Job los - sondern dann kann für sie ihre Gewerkschaft klagen. Aber von der Idee sind die Arbeitgeber gar nicht begeistert, dabei wäre das doch mal effektiver Bürokratieabbau!

Anrede,

Aber ich will hier nicht nur über die Arbeitgeber reden, die mit allen Mitteln versuchen, dem Mindestlohn zu entkommen, sondern auch über die vielen, die ihn zahlen und die froh sind, dass Mindestbedingungen auch bei der Bezahlung jetzt flächendeckend und für alle gelten. Sonst sind nämlich immer die beim Unterbietungswettbewerb die dummen, die zu anständigen Bedingungen und Löhnen beschäftigen, die brauchen effektiven Schutz gegen Schmutzkonzurrenz!

Und klar ist auch, dass ein effektiver Schutz der Beschäftigten am besten zu erreichen ist mit einem starken Tarifsysteem. Das ist in den vergangenen Jahren sehr geschwächt worden, durch Tariffllucht der Arbeitgeber, Hand in Hand mit Outsourcing und Werkverträgen.

Da, wo das Tarifsysteem greift, funktioniert es gut. Auch in diesem Jahr können sich die Tarifabschlüsse der Gewerkschaften wirklich sehen lassen – dafür an dieser Stelle noch einmal meinen herzlichen Glückwunsch!

Wenigstens ein Wort zu zwei der Tarifaueinandersetzungen, die jetzt akut laufen, beide in Branchen, wo der Frauenanteil ausgesprochen hoch ist: In der Gebäudereinigung haben die Kollegen und Kolleginnen dem Turboputzen den Kampf angesagt – dafür von hier aus unsere Solidarität und viel Erfolg! Es muss endlich Schluss sein mit der ständigen Hetze und Leistungsverdichtung!

Und: Die Erzieherinnen und Erzieher sind gerade in der Urabstimmung, ob sie für ihre Forderungen in den Streik gehen. Die sozialen Dienste werden in diesem Land gnadenlos unterbezahlt, da sollten uns unsere Kinder mehr wert sein – und erst recht die Erzieherinnen und Erzieher, die mit hoher Qualität und großem Engagement tagtäglich diese Arbeit mit unseren Kindern tun. Ihr habt unsere volle Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen, viel Erfolg!

Seit Jahren zeigt sich, dass es die Tariflöhne, und zwar nur die Tariflöhne sind, die für ein reales Plus im Geldbeutel der Kolleginnen und Kollegen sorgen. Wer ohne dasteht, hat das Nachsehen.

Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften und ein starkes Tarifsysteem. Wir erwirtschaften den Reichtum in diesem Land, und der muss wieder gerechter verteilt werden!

Anrede,

Arbeit ist inzwischen zum Stressfaktor Nummer eins geworden. Leistungsverdichtung, unerreichbare Zielvorgaben, ständige Leistungskontrollen, das ganze noch beschleunigt durch die neuen technischen Möglichkeiten der Digitalisierung, permanente Erreichbarkeit auch am Wochenende oder im Urlaub.

Bei so hohen Belastungen gehen viele in die Knie, psychische Erkrankungen haben dramatisch zugenommen. Das bedeutet großes Leid für die Betroffenen und ihre Angehörigen. Außerdem führt es zu fast 60 Millionen Fehltagen pro Jahr und Milliardenkosten für die Sozialversicherungen.

Vor solchen psychischen Belastungen müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser geschützt werden. Neue Technik braucht neue Regeln.

Wir fordern eine umfassende Antistresspolitik, die die Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt und sie beteiligt, mit ihren Interessen, und die die Arbeitgeber und Politik in die Pflicht nimmt!

Die Chancen, die die neue Technik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ja durchaus auch haben kann – z.B. bei der Arbeitszeit oder bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – werden wir nur mit mehr Mitbestimmungsrechten und starken Betriebsräten nutzen können.

Es ist ja nicht die Technik, die über die Arbeit der Zukunft entscheidet – das entscheiden die Menschen. Deshalb brauchen wir mehr Beteiligung und Mitbestimmung!

Anrede,

Mit Tarifpaket und gesetzlichem Mindestlohn kommen wir einen guten Schritt voran, aber trockengelegt ist der Niedriglohsumpf damit noch lange nicht.

Leiharbeit wird nach wie vor massenhaft eingesetzt, um Löhne zu drücken. Werkverträge werden missbraucht, um die Leute auszunehmen - am Bau, in der Fleischindustrie, in den Krankenhäusern, an Flughäfen, aber inzwischen auch auf den Werften, in der Automobilindustrie, bei Transport und Logistik.

Wir haben als Gewerkschaften inzwischen schon in einigen Branchen und Betrieben Verbesserungen erkämpfen können. Aber wir werden den Gesetzgeber nicht aus der Verantwortung entlassen.

Es sieht gerade da am schlimmsten aus, wo kein Betriebsrat existiert, keine Gewerkschaft im Betrieb ist. Die Strategie der Arbeitgeber ist „teile und herrsche“. Da werden immer neue Konstruktionen erfunden, um Tarifverträge auszuhöhlen, Mitbestimmung zu unterlaufen und Betriebsräte zu schwächen. Ganz gezielt sollen damit Gewerkschaften ausgebootet werden.

Das werden wir uns nicht gefallen lassen: Werkverträge, die nur das Ziel haben, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, gehören verboten!

Wenn z.B. das Werkunternehmen die gleiche Arbeit macht wie die Beschäftigten aus dem Stammbetrieb, wenn sie mit den gleichen Maschinen arbeiten, wenn die Werknehmer komplett in die Produktionsabläufe eingebunden sind, dann ist das nichts anderes als Missbrauch von Werkverträgen. Das muss unterbunden werden, und zwar gesetzlich! Und auf dieses Gesetz wollen wir nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, das gehört jetzt auf den Tisch!

Beschäftigungsverhältnisse zweiter Klasse werden wir nicht akzeptieren, das gilt auch für Leiharbeiter. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

Anrede,

Die Regeln, die die Würde der Menschen in den Betrieben, am Arbeitsmarkt schützen, müssen für alle gelten, auch für Kolleginnen und Kollegen, die aus Mittel- und Osteuropa kommen, um hier zu arbeiten, inzwischen auch immer mehr aus Spanien, Italien, Griechenland: Gerade sie drohen besonders schnell in ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt zu werden, weil sie ihre Rechte nicht kennen, die Sprache nicht beherrschen.

Sie werden systematisch ausgenutzt von Subunternehmern, die ihren Firmensitz, oder genauer gesagt ihren Briefkasten über die Grenzen hin und her schieben. Da behalten z.B. Leiharbeitsfirmen den letzten Lohn einfach ein, weil sie wissen, der Arbeitnehmer aus Polen oder Rumänien hat kaum die Chance ihn einzuklagen.

Vor kurzem hat in unserer DGB-Beratungsstelle von Faire Mobilität in Berlin ein polnisch-sprachiger Bauarbeiter angerufen. Der saß seit sechs Stunden mit einer übel gequetschten Hand und großen Schmerzen in einem Container auf der Baustelle fest. Niemand wusste, ob er krankenversichert war – wer also die Behandlung im Krankenhaus bezahlen würde, der Subunternehmer war nicht zu erreichen. Nur mit der Drohung „unterlassene Hilfeleistung“ hat die Beratungsstelle dann dafür sorgen können, dass für den verletzten Kollegen ein Krankenwagen geholt worden ist.

Nachher hat sich rausgestellt, dass er in der Tat keine Krankenversicherung hatte. Wie die anderen, die bei dem Subunternehmer beschäftigt waren, hat er das zwar geglaubt und gedacht, er hätte einen Arbeitsvertrag unterschrieben. Aber was er unterschrieben hatte, war die Gewerbeanmeldung als angeblich Selbständiger. In Deutsch, was er nicht lesen konnte.

Mit solchen Sauereien, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss endlich Schluss sein! Lohnbetrug und Steuerhinterziehung sind keine Kavaliersdelikte, sondern müssen empfindlich bestraft werden!

Und: Mobilität braucht faire Regeln! Unser gewerkschaftliches Selbstverständnis ist, die, die hierhin kommen, in unsere Mitte zu nehmen, ihre Rechte nach Kräften zu schützen und mit ihnen gemeinsam die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wir werden uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Allerdings ist Mobilität kein Ausweg aus der Krise in Europa – über 50 Prozent arbeitslose Jugendliche in Spanien, in Griechenland, fast 40 Prozent in Italien. Das kann man nicht wegwandern, da ist ein grundsätzlicher Politikwechsel nötig - weg vom Kaputt kürzen hin zu einem Investitionsprogramm mit Investitionen in die Zukunft, in Infrastruktur, in Breitband, altersgerechtes Wohnen, Bildung. Die europäischen Gewerkschaften haben hier konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt, auch zur Finanzierung.

Dafür brauchen wir eine Abgabe auf hohe Vermögen und die Finanztransaktionssteuer. Aber die europäische Kommission, die europäischen Regierungen, allen voran die deutsche, sind hier betonhart in ihrem grundfalschen Kurs von Lohn- und Sozialkürzungen und erzwungenen Privatisierungen. Damit versuchen sie gerade, der neuen griechischen Regierung das Kreuz zu brechen.

Dabei hat der erzwungene Kurs von Kaputtsparen Griechenland in einen Ausnahmezustand getrieben: Die Wirtschaft ist seit Beginn der Krise um ein Viertel geschrumpft, die Löhne im öffentlichen Sektor sind um bis zu 50 Prozent gekürzt worden, die Renten um bis zu 45 Prozent, Flächentarife wurden ausgehebelt.

Die Gesundheitsausgaben sind so zusammengestrichen worden, dass die Säuglingssterblichkeit innerhalb der letzten Jahre um mehr als 40 Prozent gestiegen ist – die Neuinfektion mit HIV um mehr als 300 Prozent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Das ist die Zerstörung von elementaren Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens!

Und dann wählen die Griechen eine neue Regierung, die aus diesem Wahnsinn einen Ausweg sucht und neu verhandeln will – und die werden behandelt wie ein Haufen schwer erziehbarer Jungs, denen man erst einmal beibringen muss, wie sie sich das Hemd in die Hose zu stecken haben. Was für eine gnadenlose Arroganz!

Wer in der Benimmschule nachsitzen müsste, das sind Schäuble & Co, damit sie lernen, eine demokratisch gewählte Regierung mit Respekt zu behandeln!

Übrigens, nur zur Klarstellung, nicht „die Griechen“ haben unser Geld bekommen und durchgebracht, sondern es waren die Banken aus Deutschland und Frankreich, die Gläubiger der griechischen Staatsschulden, die mit den Milliarden gestützt worden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir brauchen neue Verhandlungen auf Augenhöhe, damit Griechenland in der Eurozone bleiben kann. Die vollen Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte müssen wieder hergestellt werden, und die Reichen müssen in Griechenland, in Europa insgesamt endlich in die Pflicht genommen werden! Hier geht es um mehr Solidarität, Gerechtigkeit und um eine Perspektive für die Jugend!

Sonst ist doch schon absehbar, dass sich noch mehr Menschen von Europa abwenden werden, und auf deren Politikverdrossenheit können dann Rechtspopulisten in ganz Europa ihr Süppchen kochen. Der Front National in Frankreich ist auf historischem Höchststand, UKIP in Großbritannien.

Der AfD hier in Deutschland ist es trotz ihrer internen Querelen gelungen, sich im Parlament in Europa und in einigen Bundesländern festzusetzen – ihre Politik ist erbärmlich neoliberal: Ablehnung des Mindestlohns, Forderung nach Lohnsenkungen und Schwächung der Gewerkschaften, kein Wunder, dafür ist der alte neoliberale Demagoge und Ex-BDI-Chef Henkel, jetzt Mitglied im Europaparlament, nicht das einzige Aushängeschild.

Schon das treibt jeden anständigen Gewerkschafter, jede anständige Gewerkschafterin gegen dieses rechtspopulistische Gesocks auf die Palme und auf die Straße, völlig zurecht!

Aber es geht noch schlimmer: Sie nutzen und sie schüren auf übelste rassistische Ressentiments, genauso wie Pegida, Bragida und die anderen Gidas.

Wer solche Aufmärsche organisiert, dem geht es nicht etwa, wie es immer so schön heißt, darum die Sorgen und Ängste der Menschen auf die Straße zu tragen, sondern der will ausgrenzen, der produziert klare Feindbilder und Sündenböcke, auf denen man herumtrampeln kann.

Das sind - wieder einmal - Migranten und insbesondere Flüchtlinge, über die Bachmann dann auch im Internet mit Hitlerselbie Klartext pöbelt.

Solchen Haltungen, solchen Aufmärschen muss man klar und eindeutig entgegenreten und Gesicht zeigen. Das tut Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier in Braunschweig ja auch, und das ist gut so!

Wo Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, wo alle engagierten Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen, da ist kein Platz für Nazis und Rassisten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg, politischer und geschlechtsspezifischer Verfolgung fliehen, müssen in Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft selbstverständlich Aufnahme finden. Sie müssen individuell Asyl beantragen können und in einem zügigen, fairen Verfahren anerkannt werden.

Dass das Mittelmeer zu einem Massengrab für Flüchtlinge gemacht worden ist, ist unerträglich. Dass auch nach den neuesten Katastrophen und dem Flüchtlingsgipfel vergangene Woche den europäischen Regierungen die Abschottung ihrer Grenzen wichtiger ist als die Rettung von Menschen aus Seenot, ist eine Schande.

Europa, gerade Deutschland steht in der Pflicht, Schutzsuchende aufzunehmen, aus humanitären Gründen, aber auch wegen unserer Geschichte.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für mich Deutschlands Verantwortung in der Welt, und nicht Öl ins Feuer zu gießen und Waffen oder gar Militär in Krisengebiete zu schicken!

Wo Flüchtlinge aufgenommen werden, bedarf es aber auch der Unterstützung – finanziell und politisch. Die Menschen in Tröglitz, die jetzt trotz allem bei der Aufnahme von Flüchtlingen große Hilfsbereitschaft zeigen und damit den brandschatzenden Nazis hoffentlich ihr menschenfeindliches Fanal verderben, dürfen nicht allein gelassen werden.

Und, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wer in Deutschland lebt, muss auch die Möglichkeit haben, für seinen Lebensunterhalt zu arbeiten, da muss sich vor allem für Asylsuchende und Geduldete noch eine Menge verändern, beim Zugang zu Berufsberatung, Ausbildung, Arbeit.

Gleichzeitig müssen wir dringend in die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit investieren, und zwar erheblich mehr als das Programm aus dem Arbeitsministerium jetzt vorsieht. Da geht es schließlich um mehr als eine Million Menschen, die trotz guter Konjunktur bisher auf der Strecke bleiben.

In den letzten Jahren sind die Fördermittel im Hartz IV System um 40% zusammengestrichen worden. Aber gerade da, wo die Langzeitarbeitslosigkeit sich verfestigt hat, ist mehr Unterstützung, mehr Personal, mehr Qualifizierung nötig, das sind die richtigen Investitionen in die Zukunft!

Kinder, die in einem Haushalt groß werden, wo niemand mehr eine Arbeit hat, haben von vornherein ausgesprochen schlechte Chancen auf einen Zugang zu Bildung und Arbeitswelt.

1,6 Millionen Kinder müssen in Deutschland mit Hartz IV aufwachen und mit chronisch zu niedrigen Regelsätzen. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass in Deutschland Armut und Ausgrenzung auch noch vererbbar ist!

Anrede,

Lasst mich noch ein Wort zur Rente sagen:

Die Rente ab 63 ist nicht der Untergang des Abendlandes. Sie ist eine Frage der Gerechtigkeit für die, die 45 Jahre und länger die Knochen hingehalten haben.

Und wer behauptet, dadurch würde die Rentenkasse lecklaufen, der sollte noch mal Nachhilfe in den Grundrechenarten nehmen:

Dreiviertel der Kosten des Rentenpakets fallen nicht etwa auf die Rente ab 63, sondern auf die falsche Finanzierung der sogenannten Mütterrente. Dafür greift der Finanzminister nämlich in unsere Beitragskasse statt, wie es richtig wäre, in den Steuertopf. Durch diese grundfalsche Entscheidung verpulvert die Regierung in einem irrsinnigen Tempo die Rücklagen der Rentenversicherung, die im Moment ja immer noch gut sind. Und genau die brauchen wir dringend, um ein vernünftiges Rentenniveau zu sichern. Wenn das nämlich immer weiter in den Keller gedrückt wird, droht in Zukunft Millionen sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter.

Wir werden hier weiter Druck dafür machen, dass die Politik umsteuert, wir müssen die Rente gerade für die junge Generation sichern!

Das geht, das zeigt unser Rentenmodell, aber dafür ist mehr nötig als ein Rentenpaket. Die Politik muss wieder zurückkehren zu dem Grundkonsens: Wer jahrzehntelang gearbeitet und eingezahlt hat, hat im Alter auch eine Rente verdient, von der man in Würde leben kann!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Demokratie lebt von Beteiligung und vom Respekt für die Menschen, um die es geht – und da machen mir die Pläne für TTIP und CETA große Sorgen. Bei diesen Freihandelsabkommen drohen Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz unter die Räder zu kommen. Ein Sonderklagerecht für ausländische Investoren gegenüber Staaten hebelt die Demokratie aus.

Uruguay z.B. hat schon länger ein Freihandelsabkommen mit den USA. Als sie mit demokratischer Mehrheit ein Nichtraucherschutzgesetz beschlossen haben, hat Philipp Morris das Land auf zwei Milliarden Schadensersatz verklagt, weil sich damit die Gewinnaussichten für den Konzern verschlechtert haben. Wenn so die Konzerninteressen über demokratische Entscheidungen gestellt werden, können wir die Wahlzettel gleich durchreißen und die Parlamente dichtmachen. Zu solchen Plänen sagen wir entschieden nein!

Und das tun wir mit vielen gemeinsam, die sich aus ganz unterschiedlichen Gründen engagieren, das müssen wir sichtbar machen.

Damit kann man politisch eine Menge erreichen. Das zeigen ja auch die Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung, das wisst Ihr ja gerade hier, in Niedersachsen, Braunschweig, Salzgitter besonders gut. Nur weil sich so viele mit so vielen guten Argumenten gemeinsam engagieren – von der AG Schacht Konrad über Gewerkschaften, DGB, Betriebsräte bis hin zu Bauern und Bürgermeistern – nur deshalb liegt ja noch kein Atommüll im Schacht Konrad.

Dagegen haben wir Einwände, genauer sehr viel Einwendungen! Und wer noch nicht unterschrieben hat – da vorn am Stand liegen die Listen!

Demokratie lebt von Beteiligung – und deshalb mischen wir uns ein! Demokratie und Menschenwürde dürfen nicht am Werkstor enden, dafür brauchen wir starke Gewerkschaften, damit an dieser Gesellschaft in Zukunft alle auf Augenhöhe teilhaben können.

Es gibt viel zu tun, dabei wünsche ich uns allen viel Erfolg!